

In Betracht gezogen

Indien: Todesstrafe für «erzwungene Bekehrungen»?



Ministerpräsident Mohan Yadav möchte in seinem Bundesstaat die Todesstrafe für Zwangsbekehrungen einführen

Quelle: Facebook / @DrMohanYadav51

Im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh hat Regierungschef Mohan Yadav angekündigt, die Todesstrafe für Personen einzuführen, die der «Zwangsbekehrung» beschuldigt werden.

Grundlage für diese Anklagen sind so genannte Anti-Konversions-Gesetze, die angeblich religiöse Bekehrungen durch Zwang oder Betrug bekämpfen sollen. In der Praxis werden diese Gesetze jedoch häufig missbraucht, um Christen zu verfolgen, die regelmässig zu Unrecht beschuldigt werden.

Der Ministerpräsident von Madhya Pradesh, Mohan Yadav, kündigte an, das bestehende Anti-Konversionsgesetz zu verschärfen und Menschen, die andere mit betrügerischen Mitteln zum Glaubenswechsel zwingen, mit dem Tod zu bestrafen, berichtet die [«Times of India»](#). Die Zeitung schreibt, Mohan Yadav sage, dass «sein Bundesstaat Vorkehrungen treffen werde, um die Todesstrafe für diejenigen sicherzustellen, die an religiösen Konversionen beteiligt sind».

«Staat wird Todesstrafe verhängen»

«Unsere Regierung wird Konversion und Fehlverhalten nicht tolerieren. Für Kriminelle oder diejenigen, die an religiösen Konversionen beteiligt sind, werden wir sicherstellen, dass sie die Todesstrafe erhalten», wird Mohan Yadav zitiert.

Der Oppositionspolitiker Arif Masood vom Indischen Nationalkongress forderte daraufhin eine klare Definition dessen, was als «erzwungene Bekehrung» gelte.

Christen unter Druck

Christliche Vertreter weisen die Vorwürfe laut dem französischen Portal «Info Chrétienne» vehement zurück. «Es gibt keine Zwangsbekehrungen, denn Bekehrung geschieht im Herzen. Die Vorwürfe sind eine Erfindung hindu-nationalistischer Hardliner, um gegen Minderheiten vorzugehen», sagt Daniel John, ein katholischer Leiter aus Bhopal.

Mohan Yadav gehört der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) an, der auch Premierminister Narendra Modi angehört. In zwölf der 28 indischen Bundesstaaten – vor allem in von der BJP regierten Regionen – wurden in den letzten Jahren Anti-Konversionsgesetze eingeführt, die angebliche Zwangsbekehrungen unter Strafe stellen.

Haftstrafen seit 2021 vorgesehen

Im Jahr 2021 wurde das 1968 eingesetzte Anti-Bekehrungsgesetz in Madhya Pradesh verschärft, Haftstrafen von bis zu zehn Jahren sind seither vorgesehen. Doch zahlreiche Missbrauchsfälle zeigen, dass das Gesetz vor allem gegen Christen eingesetzt wird – mit potenziell tödlichen Folgen.

Obwohl die Christen in Madhya Pradesh nur 0,27 Prozent der 72 Millionen Einwohner ausmachen, scheinen sie der hindu-nationalistischen Regierung ein Dorn im Auge zu sein.

Zwölf indische Staaten mit Anti-Konvertierungsgesetz

Mittlerweile verfügen zwölf von 28 indischen Bundesstaaten über ein Anti-Konvertierungs-Gesetz. In chronologischer Reihenfolge: Odisha (seit 1967), Madhya Pradesh (1968 / 2021 verschärft / 2025 wird Todesstrafe diskutiert), Arunachal Pradesh (1978), Chhattisgarh (2000), Gujarat (2003 / 2021 verschärft), Himachal Pradesh (2006), Jharkhand (2017), Uttarakhand (2018), Himachal Pradesh (2019), [Uttar Pradesh](#) (2021), Haryana (2022) und zuletzt Karnataka (2022).

Zum Thema:

[Good News aus Indien: Indisches Gericht entscheidet für Christen](#)
[Knechtende Paragrafen: Anti-Konversions-Gesetz in Indien grassiert](#)

Datum: 20.03.2025

Autor: Daniel Gerber

Quelle: Livenet / Info Chrétienne

Tags

[Asien](#)

[Politik](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Verfolgung](#)